



152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Etrit Hasler: Demonstrationen in St.Gallen – öffentlich oder nicht?;
Beantwortung**

Am 6. Mai 2014 reichte Etrit Hasler die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Demonstrationen in St.Gallen – öffentlich oder nicht?" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Am Samstagnachmittag, 5. April 2014, fanden in St.Gallen auf dem Bahnhofplatz die Kundgebung „An die Regierung, der Souverän sind wir, das Volk“ und gleichzeitig auf dem Roten Platz die Kundgebung „Den Rechtsextremen keinen Raum“ statt. Die beiden Anlässe wurden durch die Stadtpolizei nach entsprechenden Vorabsprachen mit den Veranstaltenden jeweils mit Auflagen bewilligt. In deren Verlauf kam es zu einzelnen kleineren Störaktionen, im Übrigen verliefen sie aber friedlich.

Die Stadtpolizei hat es im Vorfeld abgelehnt, die Namen der Organisatorinnen der Kundgebung „An die Regierung, der Souverän sind wir, das Volk“, welche das Bewilligungsgesuch eingereicht hatten, bekannt zu geben. Die Organisatorinnen dieser Kundgebung traten schliesslich selber an die Medien.

2 Zu den einzelnen Fragen

1. Worin besteht die Rechtsgrundlage, die im Zusammenhang mit irgendeiner Bewilligung für die Nutzung des öffentlichen Raums den Schutz des Bewilligungsnehmenden verlangt?



Der Schutz von natürlichen oder auch juristischen Personen, die um eine Bewilligung ersuchen, liegt im Recht auf informationelle Selbstbestimmung und damit im Datenschutzrecht¹ begründet. Im Oktober 2012 nahm die Stadtpolizei das elektronische Bewilligungssystem „Öffentlicher Raum“² in Betrieb, welches es in einfacher und kundenfreundlicher Weise ermöglicht, über das Internet ein Bewilligungsgesuch für die Benützung des öffentlichen Grundes einzureichen. Dabei besteht für die Interessentinnen und Interessenten insbesondere auch die Möglichkeit festzustellen, welche Aktionsplätze noch frei oder bereits belegt sind. In diesem Zusammenhang wurde vorgängig mit der städtischen Fachstelle für Datenschutz die Frage geklärt, ob in diesem System auch der jeweilige Bewilligungsnehmer bzw. die jeweilige Bewilligungsnehmerin einer Veranstaltung öffentlich gemacht werden darf. Die Fachstelle für Datenschutz kam zum Ergebnis, aus Datenschutzgründen sei ausschliesslich die Nennung der Organisation zulässig, nicht aber die Nennung der jeweils beantragenden Einzelpersonen. Das gelte, wenn es sich bei der Organisation um eine juristische Person handelt. Das gelte aber auch, wenn die Organisatoren nicht zu einem Verein zusammengeschlossen seien. Diesfalls werde auf Anfragen Dritter ausschliesslich die Bezeichnung des Anlasses mitgeteilt, im vorliegenden Falle also die Bezeichnung der Kundgebung „An die Regierung, der Souverän sind wir, das Volk“.

2. Politische Kundgebungen sind an sich öffentliche Anlässe, die rechtlich besonders geschützt sind und zum Beispiel im Unterschied zu anderen Nutzungen des öffentlichen Raumes grundsätzlich bewilligt werden müssen. Wie ist bei einer politischen Kundgebung, die per se eine zutiefst öffentliche Angelegenheit ist, der Schutz der Privatsphäre der Bewilligungsnehmenden zu rechtfertigen?

Auch wenn es zweifellos zutrifft, dass Kundgebungen und Demonstrationen einen ausgeprägt öffentlichen Charakter haben und es gerade ihr Ziel ist, der breiten Öffentlichkeit ein besonderes Anliegen zur Kenntnis zu bringen, sind die übrigen Grundrechte gleichgewichtig zu beachten und es sind keine Abstriche beim Datenschutz vorzunehmen. Mit der gleichen Begründung wie in der Antwort auf die erste Frage dargelegt besteht daher kein Anspruch darauf, bei der Bewilligungsinstanz die hinter einer Veranstaltung stehenden Einzelpersonen in Erfahrung bringen zu können. Es ist mithin diesen zu überlassen, ob bzw. zu welchem Zeitpunkt und auf welche Art und Weise sie den Kontakt mit den Medien suchen wollen. Die Auskunftspraxis der Stadtpolizei ist nach juristischer Auffassung der städtischen Fachstelle für Datenschutz gesetzlich geboten.

¹ Vgl. insbesondere Art. 11 Datenschutzgesetz vom 20. Januar 2009 (sGS 142.1).

² <http://www.stadt.sg.ch/home/wirtschaft-arbeit/gewerbe-veranstaltungen/bewilligungen-oeffentlicher-Raum.html>



3. Wie verhält es sich, wenn - wie im Fall der Kundgebung «Der Souverän sind wir» - keine Organisation, sondern Einzelpersonen um die Bewilligung ersuchen?

Wie bei der Beantwortung der Fragen 1 und 2 erläutert, dürfen aus Datenschutzgründen die Namen der Einzelpersonen nicht bekannt gegeben werden.

4. Sieht der Stadtrat in der bisherigen Praxis einen Widerspruch zum in der Kantonsverfassung verankerten Öffentlichkeitsprinzip, bzw. wird die bisherige Praxis angepasst werden, wenn der Kanton das Öffentlichkeitsgesetz in Kraft setzt?

Das neue kantonale Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz, nachfolgend OeG SG), vormals Informationsgesetz, ist vom Kantonsrat in erster Lesung behandelt worden. Gemäss Art. 2 Abs. 2 des erwähnten Gesetzes richtet sich der Zugang zu Personendaten nach Art. 1 Bst. a des kantonalen Datenschutzgesetzes vom 20. Januar 2009 (DSG SG; sGS 142.1) auch nach Erlass des OeG SG weiterhin nach dem kantonalen Datenschutzgesetz. Damit gelten die bisherigen gesetzlichen Regelungen betreffend die Bekanntgabe von Personendaten weiter. Die von der Stadtpolizei im Zusammenhang mit den Demonstrationsbewilligungen von Dritten herausverlangten Daten sind Angaben, die sich im Sinne des DSG SG auf eine bestimmte oder bestimmbare Person beziehen. Somit ist gemäss aktueller Regelung die Stadtpolizei verpflichtet, die geforderten Daten nicht herauszugeben. Unter dem Vorbehalt, dass in der zweiten Lesung des OeG SG keine diesbezüglichen Änderungen vorgenommen werden, ist die geltende Praxis der Stadtpolizei weiterhin rechtlich gefordert.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Einfache Anfrage vom 6. Mai 2014

